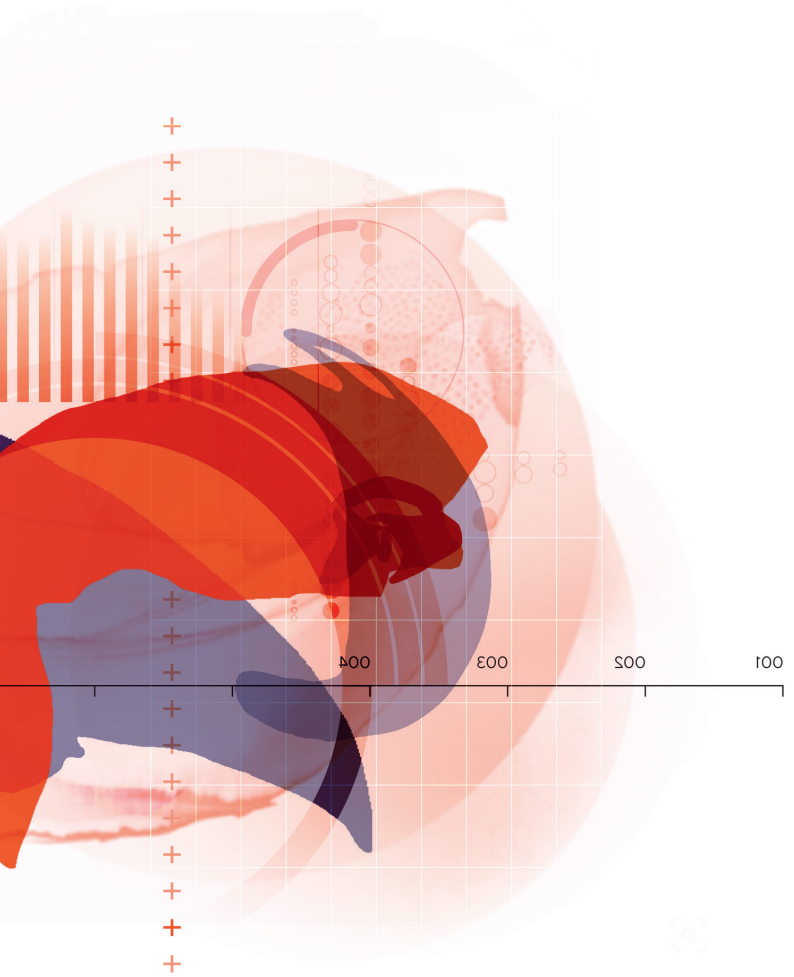
CLAIM

Rassismus und Erinnerungspolitik





Über CLAIM

CLAIM macht sichtbar, was sonst oft übersehen wird. Wir sind eine bundesweit tätige gemeinnützige Organisation und setzen uns dafür ein, antimuslimischen Rassismus in Deutschland sichtbar zu machen und wirksames Handeln dagegen zu ermöglichen. CLAIM sensibilisiert, vernetzt, unterstützt Zivilgesellschaft und Institutionen und dokumentiert bundesweit Vorfälle von antimuslimischem Rassismus. Wir verstehen unsere Arbeit als fachlichen Beitrag zu Stabilität, gesellschaftlichem Zusammenhalt und demokratischer Resilienz.

CLAIM wird unter anderem gefördert vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, vom Bundesministerium des Innern im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz sowie von der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung des Landes Berlin.

Weitere Informationen:
claim-organisation.de

Rassismus und Erinnerungspolitik

Übersehen oder bewusst weggeschaut? Das Versagen der Behörden bei den Ermittlungen zum Brandanschlag in Solingen

Interview mit Hannah El-Hitami



HANNAH EL-HITAMI (Jahrgang 1991) ist freie Journalistin in Berlin mit Schwerpunkt Westasien/Nordafrika, Migration und Völkerrecht. Ihre Beiträge sind unter anderem in DER SPIEGEL, Süddeutsche Zeitung, Deutschlandfunk Kultur und anderen deutsch- und englischsprachigen Medien erschienen.

In der Nacht auf den 25. März 2024 wurde bei einem Brandanschlag auf ein Wohnhaus in Solingen eine vierköpfige Familie getötet: Katya Kıymet Z. und Kancho İsmail Z. aus Bulgarien sowie ihre zwei kleinen Kinder. Eine weitere Familie, die mit ihrem sieben Monate alten Baby aus dem Fenster springen musste, leidet bis heute unter den körperlichen und psychischen Schäden. 21 weitere Bewohner*innen wurden teils lebensbedrohlich verletzt.

Belastend für die Betroffenen war auch, dass die Staatsanwaltschaft von Anfang an ein rassistisches oder rechtsextremes Motiv ausschloss. Auch das Gericht kam im Prozess gegen den Täter Daniel S. zu dem Ergebnis, dass kein politisches Motiv vorgelegen habe.

Dabei kamen im Laufe des Verfahrens zahlreiche Hinweise auf eine rechtsextreme Gesinnung des Täters ans Licht – und mit ihnen grobe Ermittlungsfehler der Polizei. Ob dahinter mangelndes Bewusstsein für rassistische und rechtsextreme Taten oder ein absichtliches Zurückhalten von Beweismitteln steckt, ist bis heute nicht aufgeklärt.

„DIE PERSPEKTIVE DER ÜBERLEBENDEN HATTE KEINE RELEVANZ VOR GERICHT.“

Die Initiative Adalet Solingen setzt sich für die Belange der Überlebenden und der Angehörigen der Opfer des Brandanschlags ein. Sie kritisiert den Umgang des Staates mit den Betroffenen – im Gerichtsprozess und darüber hinaus.

Wie ist Adalet entstanden und wer steckt dahinter?

Adalet bedeutet Gerechtigkeit. Wir haben uns während des Gerichtsprozesses zum Brandanschlag in Solingen 2024 zusammengetan und Adalet gegründet. Damals haben wir festgestellt, dass rechtsextreme Funde der Polizei verspätet dem Verfahren zugeführt wurden und beschlossen, dass wir das beobachten müssen. Und so waren wir abwechselnd bei den Prozesstagen dabei und haben Berichte dazu veröffentlicht.

Wir sind eine Gruppe von Einzelpersonen aus antirassistischen Bewegungen hier in der Region, die teilweise schon seit dem Brandanschlag in Solingen 1993 in Gedenkinitiativen aktiv sind. Dabei sind außerdem Betroffene des Anschlags. Über sie sind wir auch in Kontakt mit den Eltern der Ermordeten Kancho İsmail Z. und Katya Kıymet Z.

Wie ist die Situation der Überlebenden zwei Jahre nach dem Brandanschlag?

Ayşe und Nihat K. waren gerade Anfang und Mitte 20, als der Brandanschlag passierte. Die beiden sprangen mit ihrem damals sieben Monate alten Baby aus dem Fenster des dritten Stocks aus 17 Metern Höhe. Ayşe musste seitdem mehrfach intensiv am Kopf operiert werden und hat eine Platte eingelassen bekommen. Nihat hat vorher als Dachdecker gearbeitet und ist jetzt arbeitsunfähig. Ein Jahr nach dem Anschlag bekamen sie zudem einen Brief vom Jobcenter mit der Aufforderung, wegen ihrer Arbeitsunfähigkeit das Land zu verlassen. Die beiden waren eng befreundet mit dem Paar, das ermordet wurde. Sie waren Familie. Kıymet und İsmail sind aus Bulgarien nach Deutschland gekommen, weil sie in Solingen alle zusammen ihre Kinder aufziehen und ein sicheres, gutes Leben führen wollten. Das trägt natürlich auch noch mal dazu bei, dass das ganz schwer zu verarbeiten ist.

Wann nach dem Anschlag wurde euch klar, dass der Täter mit einem rassistischen Motiv gehandelt haben könnte?

Wir alle kennen die Solinger Geschichte und teilweise auch Überlebende des Brandanschlags 1993 persönlich. Da haben wir sofort gedacht, dass es ein rassistischer oder rechtsextremer Anschlag sein könnte – auch wegen der Art und Weise, wie und wo der Brand gelegt wurde. In dem Haus haben fast ausnahmslos Menschen mit bulgarischer oder türkischer Migrationsgeschichte gelebt.

Was lief besonders schlecht im Prozess?

DIE PERSPEKTIVE DER ÜBERLEBENDEN HATTE KEINE RELEVANZ VOR GERICHT. VON ANFANG AN WURDEN DIE BETROFFENEN EHER GEMASSREGELT ALS IN IHREM SCHMERZ UND IHREM VERLUST GESEHEN.

Die Staatsanwaltschaft hat die gravierenden Ermittlungsfehler nicht ernst genommen. Alles, was auf ein politisches Motiv hinwies, wurde weggeschoben. Deswegen war für die Betroffenen schnell klar, dass es keine neutrale Instanz ist, die für Gerechtigkeit in ihrem Sinne kämpfen wird.

Hinweise auf ein politisches Motiv wurden von der Polizei zwar im Haus des Angeklagten gefunden, aber nicht zur Akte gereicht. Sie wurden erst in den Prozess aufgenommen, nachdem die Nebenklage-Anwältin Seda Başay-Yıldız darauf bestanden hatte. Welche waren das zum Beispiel?

Die Polizei hat bei der Hausdurchsuchung NS-Devotionalien und mehr als 100 rechtsextreme Bilder gefunden, die den Ermittlungen zunächst nicht zugeführt wurden. Auch später wurden sie alle wegargumentiert. Rechtsextreme Bilder sollen seinem Kumpel gehört haben, die NS-Devotionalien seinem Vater. Eine Umfeldanalyse fand nicht statt…

... obwohl seine Partnerin Inhalte aus rechtsextremen Quellen teilte und Nachbar*innen aussagten, dass ein Freund des Täters bei der NPD sei, sein Bruder ein „echter" Nazi.

Irgendwann stellte sich zudem heraus, dass der Täter mutmaßlich schon einmal in Oberbarmen, dem besonders migrantisch geprägten Viertel in Wuppertal, einen Brand in einem Wohnhaus gelegt hatte. Der Brandanschlag in Solingen hätte verhindert werden können, wenn damals ermittelt worden wäre – auch aus welcher politischen oder rassistischen Motivation heraus das geschehen sein könnte.

Stattdessen warf die Staatsanwaltschaft der Nebenklage sowie kritischen Medien und der Zivilgesellschaft eine „große Verschwörungskampagne" vor. Wie erklärt ihr euch diese Abwehrhaltung?

DEUTSCHLANDWEIT GIBT ES IMMER WIEDER EIN MASSIVES STRUKTURELLES VERSAGEN BEI DEN ERMITTLUNGSBEHÖRDEN, WENN ES UM EINE POLITISCHE, INSBESONDERE EINE RASSISTISCHE ODER RECHTSEXTREME MOTIVATION HINTER TATEN GEHT.

Anders ist das bei islamistischen Anschlägen, wie dem in Solingen, der vor dem Oberlandesgericht in Düsseldorf verhandelt wurde und viel größere Aufmerksamkeit bekam. Hier wurden Experten zu islamistischer Radikalisierung hinzugezogen. Der Grund dafür hängt vermutlich auch mit rassistischen Strukturen in den Behörden selbst zusammen. Bestimmte Funde oder auch bestimmte Opfer von Gewalt werden weniger ernst genommen als andere.

1993 fand in Solingen ein rechtsextremer Brandanschlag auf ein Wohnhaus statt, bei dem fünf Frauen und Mädchen türkischer Herkunft getötet wurden. Auch damals gab es grobe Ermittlungsfehler. Hätte die Stadt da nicht besonders sensibel reagieren müssen?

Von Anfang an wurde hier politisch und medial kommuniziert, dass es keine Parallele zum Brandanschlag 1993 gebe. Die Stadt versucht seit Jahrzehnten, dieses Image loszuwerden, sie wollte auf keinen Fall noch mal mit rechtsextremer Gewalt in der Öffentlichkeit stehen. Auf der ersten Pressekonferenz kurz nach dem Anschlag und der Festnahme des Täters sagte Staatsanwalt Heribert Kaune-Gebhardt, dass es keinerlei Hinweise auf ein fremdenfeindliches Motiv gebe. Und das war parallel zu den Hausdurchsuchungen, wo die ganzen NS-Materialien neben Tabakdosen gefunden wurden, die der Täter auch als Brandsätze benutzt hatte.

Auch wenn das Gericht kein rassistisches Motiv anerkannte, verurteilte es Daniel S. wegen vierfachen Mordes zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe. Es stellte die besondere Schwere der Schuld fest und ordnete Sicherungsverwahrung an. Reicht das den Betroffenen aus?

Für die Betroffenen war das Urteil niederschmetternd. Angehörige der Ermordeten betonten, dass es einerseits gut sei, dass der Täter die Höchststrafe bekommen hat. Andererseits reiche ihnen das nicht aus, weil Rassismus als Tatmotiv nicht nur nicht anerkannt, sondern dem von Anfang an nicht nachgegangen wurde. Die Betroffenen hätten diese politische Anerkennung gebraucht, um das für sich einzuordnen – zu wissen, es wurde ernst genommen, dass ausgerechnet sie und nicht andere von diesem Anschlag getroffen wurden. Wenn das politische Motiv anerkannt worden wäre, würde das auch eine ganz andere Form der Aufklärung und Aufarbeitung ermöglichen.

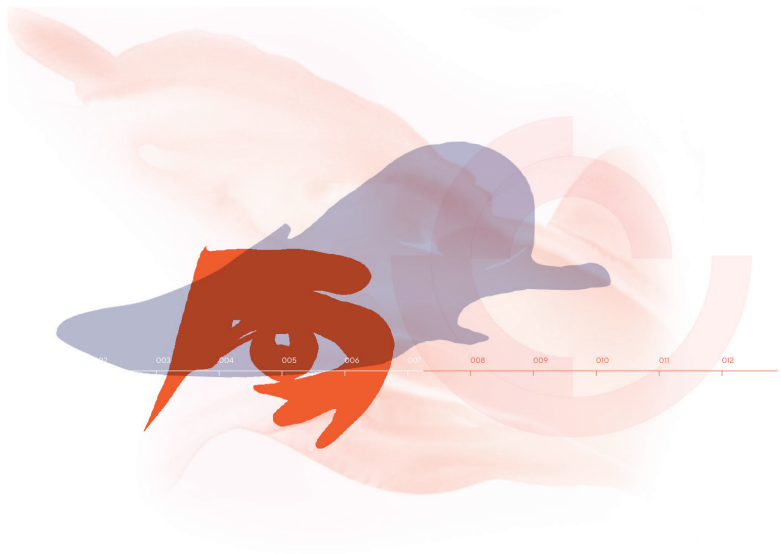
Wofür setzt sich Adalet ein, seit der Prozess vorbei ist?

Seit das Urteil gefallen ist, geht es uns vor allem darum, die Belange der Betroffenen weiter öffentlichkeitswirksam zu unterstützen. Einmal im Jahr organisieren wir eine Gedenkveranstaltung. Zum zweiten Jahrestag haben die Betroffenen eine Gedenktafel an dem Haus in der Grünewalder Straße gefordert. Das wird von verschiedenen Seiten blockiert. Die bulgarischen Familien wollten eine entsprechende Petition dem Innenministerium von Nordrhein-Westfalen persönlich übergeben, aber das Innenministerium hat den Termin verweigert und keinen Ersatztermin angeboten. Auch gibt es fast ein Jahr nach Urteilssprechung immer noch kein schriftliches Urteil. Daran sind aber Fristen für finanzielle Entschädigungen geknüpft, auf die die Betroffenen angewiesen sind. Nebenklage-Anwältin Başay-Yıldız hat diesbezüglich eine Dienstaufsichtsbeschwerde eingereicht.

Was motiviert euch, trotz all dieser Rückschläge weiterzumachen?

Wir, die Betroffenen und Unterstützer*innen, haben über die letzten Jahre ein enges Vertrauensverhältnis aufgebaut. Die Betroffenen hier aus Solingen wissen hoffentlich, dass sie – komme, was wolle – nicht alleine sind. Ayşe und Nihat sind außerdem im Solidaritätsnetzwerk der Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt organisiert. Am zweiten Gedenktag kamen aus ganz Deutschland Überlebende solcher Gewalt, aus Hanau, aus Halle, aus Duisburg, aus München. Auch Familie Genç war da, die beim Brandanschlag 1993 fünf Angehörige verlor, ebenso wie Sibel İ. aus Solingen, die 2021 einen Angriff mit Molotowcocktails auf ihre Wohnung überlebte. Auch damals wurden Hinweise auf ein rassistisches Motiv vor Gericht nicht ernst genommen. Unter all diesen Betroffenen gibt es mittlerweile eine enge Solidarität.

„DIE SCHWELLE ZUR GEWALT WIRD OFT NUR DURCH RASSISTISCHE EINSTELLUNGEN ÜBERSCHRITTEN.“



Die Opferberatung Rheinland unterstützt Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Jan-Robert Hildebrandt hat die Überlebenden des Brandanschlags in Solingen begleitet. Im Interview erklärt er, wie die Behörden Hinweise auf ein rassistisches Tatmotiv ignoriert haben.

Wenige Tage nach dem Brandanschlag in Solingen sagte die Staatsanwaltschaft in einer öffentlichen Pressekonferenz, es handele sich – anders als beim Brandanschlag 1993 – um keinen rechtsextremen oder rassistischen Anschlag. Wie hast du diese Aussage wahrgenommen?

Ich glaube, dass diese Pressekonferenz ganz entscheidend war für den kompletten weiteren Verlauf des Verfahrens. Die Staatsanwaltschaft hat sich in eine schwierige Situation hineinmanövriert. Als später doch Indizien für ein rechtes Motiv aufkamen, hätte sie zugeben müssen, dass sie zu diesem Zeitpunkt nicht alle Informationen hatte und dadurch eine falsche Aussage getroffen hat. Sie hätte dazu stehen und sagen können: Wir werden uns jetzt bemühen, das aufzuklären. Sie hat sich aber dagegen entschieden. Stattdessen hat sie sich gegen die Nebenklage gestellt, die das rassistische Motiv beweisen wollte.

Die Nebenklage vertritt die Belange von Betroffenen einer Straftat vor Gericht. Sie steht eigentlich auf der gleichen Seite wie die Staatsanwaltschaft und in Opposition zur Verteidigung.

Genau. Und da fragen sich natürlich auch die Betroffenen: Was hat das mit Rechtsstaatlichkeit zu tun, wenn die Staatsanwaltschaft, die dafür zuständig ist, Aufklärung zu betreiben, sich gegen die Beweisführung der Nebenklage wehrt? Noch dazu waren die Vertreter der Staatsanwaltschaft offen aggressiv, fast schon beleidigend gegenüber der Nebenklage. Das war für die Leute im Gerichtssaal kaum auszuhalten.

Aber noch mal von vorne: Wann nach dem Brandanschlag habt ihr euch gedacht, dass es sich um ein rassistisches Motiv handeln könnte?

IMMER WENN EINE TAT AUF MENSCHEN MIT MIGRATIONSGESCHICHTE ZIELT, MUSS AUS UNSERER SICHT EIN RASSISTISCHES TATMOTIV MITGEDACHT WERDEN. WIR KÖNNEN ABER NICHT EINFACH DAVON AUSGEHEN, BIS DAS GEGENTEIL BEWIESEN IST, SONDERN MÜSSEN DAS SEHR GENAU PRÜFEN.

In den Tagen und Wochen nach der Pressekonferenz haben Recherchen ergeben, dass der damals Verdächtige Rechtsrock gehört hat. Und er hat – in einem ganz anderen Zusammenhang – einen ehemaligen Freund mit einer Machete angegriffen. Dabei hat eine Zeugin den Ausruf „Heil Hitler" gehört. Das waren erst mal einzelne Indizien. Wir und auch die Betroffenen sind damals davon ausgegangen, dass das rassistische Tatmotiv vor Gericht keine allzu große Rolle spielen wird. Die Datenlage war einfach zu gering. Nur dank der Nebenklageanwältin Seda Başay-Yıldız wurde das überhaupt ein großes Thema im Prozess.

Was hat Seda Başay-Yıldız gefunden?

Ihr ist beim Lesen der Ermittlungsakten aufgefallen, dass diverse Materialien gar nicht ausgewertet wurden, zum Beispiel verschiedene Datenträger, die in der Wohnung des Täters gefunden wurden. Sie hat die dann in Eigenarbeit durchsucht und eine Vielzahl nationalsozialistischer, rassistischer und antisemitischer Bilder gefunden. Die konnten zwar nicht eindeutig dem Angeklagten zugeordnet werden, aber sie befanden sich in der Wohnung, wo er mit seiner Partnerin gewohnt hat. Und an dem Punkt haben wir uns natürlich gefragt: Wenn die Polizei es schon nicht schafft, Material aus der Wohnung des Angeklagten auszuwerten, was hat sie dann noch übersehen?

Und hat sie noch etwas übersehen?

Das Gericht hat nach den Funden der Nebenklage angeordnet, dass noch mal alle Daten ausgewertet werden. In der Zwischenzeit hat Seda Başay-Yıldız weiter recherchiert. Sie hat noch mal ein paar Fotos aus der Ermittlungsakte angeguckt. In der gemeinsamen Garage des Täters und seines Vaters hat sie ein Gedicht an der Wand entdeckt, das Asylsuchende diffamiert und als volksverhetzend gilt. Den Polizeibeamt*innen sei das nicht aufgefallen, haben sie später vor Gericht ausgesagt.

Dann hat Seda Başay-Yıldız, wieder auf eigene Initiative, im Google-Account des Angeklagten recherchiert. Sie hat herausgefunden, dass er regelmäßig Wehrmachtslieder gehört, die Seite des rechtsextremen Compact-Magazins aufgerufen und sich asylfeindliche Beiträge durchgelesen hat. Eine Nachbarin sagte später vor Gericht aus, dass der Täter ihr erzählt habe, er höre Wehrmachtsmusik, um runterzukommen und wünsche sich die alten Zeiten zurück. All diese Indizien im Einzelnen beweisen vielleicht nicht eindeutig ein rassistisches Tatmotiv. Aber in der Masse kann man sie nicht einfach so wegdiskutieren.

Das hat das Gericht aber getan.

Das Gericht kam nicht nur zu dem Schluss, dass ein rassistisches Tatmotiv nicht eindeutig bewiesen werden könne – sondern dass es eindeutig kein rassistisches Tatmotiv gegeben habe. Ein psychologisches Gutachten stellte fest, dass der Täter psychische Probleme und ein geschädigtes Selbstwertgefühl hat. Dem möchte ich auch gar nicht widersprechen. Sicher geht es auch um die Erhöhung des eigenen Selbst, wenn man so furchtbare Taten begeht. Aber es gibt wissenschaftliche Erkenntnisse dazu, dass Rassismus ein tatverschärfendes Motiv sein kann, dass die Gewalt durch rassistische Einstellungen größer werden kann, dass die Auswahl der Opfer durch rassistische Einstellung beeinflusst werden kann oder dass die Schwelle zur Gewalt oft nur durch rassistische Einstellungen überschritten werden kann, weil man sich das sonst vielleicht gar nicht trauen würde. All das wurde ausgeblendet.

*Wurde ein*e Expert*in für Rassismus oder Rechtsextremismus gehört?*

Seda Başay-Yıldız hat das beantragt. Der Richter hat dem aber nicht stattgegeben, weil ja der Staatsschutz ausgesagt hat. Der Staatsschutzbeamte hat alle Indizien aufgezählt und kam immer wieder zu dem Schluss, dass es sich um geschichtliches Interesse handelt und nicht eindeutig um eine rechtsextreme Einstellung.

Ein Jahr nach Prozessbeginn beauftragte das Gericht die Polizei Hagen damit, die Ermittlungen der Polizei Wuppertal-Solingen zu überprüfen. Was für Erkenntnisse ergaben sich daraus?

Das war für alle Beteiligten ein Schlüsselmoment. Denn da kam heraus, dass es wenige Tage nach dem Brandanschlag bei den ersten Ermittlungen einen Vermerk gegeben hatte, dass es sich hierbei um ein rechtes Tatmotiv handele. Dieser Vermerk wurde später durchgestrichen und ist nicht in die Akten der Staatsanwaltschaft gelangt. Wie das passieren konnte, ist nie aufgeklärt worden. Eigentlich müsste allen Polizeibeamt*innen klar sein, dass es nicht legal ist, so einen Vermerk einfach zu löschen. Und es ist schon auffällig, dass dieser Vermerk gestrichen wurde, kurz nachdem die Staatsanwaltschaft sich öffentlich hingestellt und gesagt hat: Wir haben kein rassistisches Tatmotiv.

Erlebt ihr das in eurer Arbeit öfter, dass rassistische und rechte Tatmotive nicht anerkannt werden?

Ja, auf jeden Fall. In einigen Prozessen ist es auch wirklich schwer zu beweisen. Da gibt es die Perspektive der Betroffenen und sonst keinerlei Indizien. Dann muss man vielleicht verstehen, dass das Gericht als sehr formeller Raum diesen strafschärfenden Paragrafen nicht so einfach anwendet. Aber selbst bei Prozessen, wo das Motiv ganz deutlich ist, wird Rassismus regelmäßig nicht anerkannt. Und anders als im Fall des Solinger Täters spielt das dann auch eine Rolle für die Höhe der Strafe.

Der Solinger Täter hat ohnehin die Höchststrafe bekommen. Warum wäre die Anerkennung des Motivs trotzdem wichtig gewesen?

FÜR DIE BETROFFENEN IST ES SCHLIMM, DASS IHRE WAHRNEHMUNG IMMER WIEDER NEGIERT WIRD. SIE ERLEBEN EINE GEWALTTAT UND MÜSSEN DANN IM GERICHTSPROZESS ERKENNEN, DASS IHNEN NICHT GEGLAUBT WIRD, DASS IHRE LEBENSSITUATION FALSCH EINGESCHÄTZT WIRD, DASS RASSISMUS NICHT GESEHEN WIRD. FÜR VIELE BETROFFENE IST DAS EIN ZUSÄTZLICHER SCHLAG UND EINE DESTABILISIERUNG DER PSYCHISCHEN SITUATION.

Das haben wir auch im Solinger Prozess gesehen. Klar, der Angeklagte wurde zur Höchststrafe verurteilt. Trotzdem haben die Betroffenen sich übergangen gefühlt.

Wie könnte man das ändern?

Wir fordern Schulungen für die Justiz, damit sie lernt, rassistische Tatmotive zu erkennen. Staatsanwält*innen und Richter*innen müssen in die Lage versetzt werden, dieses Motiv wirklich zu sehen und zu begreifen.

Impressum

Herausgeber:
CLAIM gGmbH
Friedrichstraße 206
10969 Berlin
Handelsregister: HRB 266106
Registergericht: Amtsgericht Berlin-Charlottenburg
Vertreten durch:
Rima Hanano, Güzin Ceyhan

Kontakt
Telefon: 030 28 87 45 677
E-Mail: presse@claim-organisation.de

Verantwortlich:
Rima Hanano, Güzin Ceyhan
Redaktion: Rima Hanano, Güzin Ceyhan, Birte Freer
Mitwirkung: Can Yunus Öç, Jemima Khamassi Kumpf, Frida Siering
Lektorat: Supertext
Gestaltung: neonfisch.de
Druck: Pinguin Druck GmbH

Gefördert vom
Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend
im Rahmen des Bundesprogramms
Demokratie leben!

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Fördermittelgeber dar.
Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Stand der Publikation: Mai 2026

© CLAIM, 2026 – Alle Rechte vorbehalten.

